

1.6 Aus alt mach neu: Kohle und Strukturwandel

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 03.09.2018
Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird
Status: Modifiziert

1 Wir setzen uns für eine ökologische, sichere und preiswerte Energieversorgung in Brandenburg ein. Für
2 dieses Ziel brauchen wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braun- und Steinkohlenutzung. Die
3 Rahmenbedingungen für die Energiewende wurden auf der UN-Klimakonferenz in Paris gesetzt. In Brüssel
4 und Berlin müssen nun verbindliche Beschlüsse gefasst werden, wie der Weg zum notwendigen
5 Klimaschutz gesetzlich ausgestaltet wird. Denn wenn wir nicht rasch und zielorientiert handeln, treibt uns
6 die Klimaerwärmung in immer höherem Tempo in eine bedrohliche Krise – dafür war der heiße Sommer
7 von 2018 nur ein Vorgeschmack.

8 Brandenburg ist bisher auf einem guten Weg beim Ausbau erneuerbarer Energien. Trotzdem ist das Land
9 bei der Einsparung von Treibhausgasen, die durch die Verstromung von Braunkohle entstehen, erfolglos.
10 Strom aus Braunkohle ist jedoch verzichtbar, was der Export von über der Hälfte des hier erzeugten Stroms
11 zeigt. Ohne den Kohleausstieg wiederum kann Deutschland seine mehrfach von Bundesregierung und
12 Bundestag beschlossenen Klimaziele nicht realisieren. Innerhalb von fünf Jahren wollen wir den
13 CO₂-Ausstoß in Brandenburg um die Hälfte reduzieren und dabei die Arbeitslosigkeit weiter reduzieren.

14 Kohleausstieg ist Einstieg in die Energiewende-Zukunft

15 Auch weil der längst überfällige Strukturwandel in der Lausitz fahrlässig auf die lange Bank geschoben
16 wurde, ist ein Wandel in der Energiepolitik dringend geboten. Durch die Verschleppung von echten
17 Lösungen ist bei Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen an und in den Kohlegruben eine große
18 Verunsicherung entstanden. Wir wollen einen klaren Kohleausstiegsfahrplan mit fairen Entschädigungen
19 und neuen Chancen für die Betroffenen. Die Energieerzeugung aus Braunkohle ist in Brandenburg von
20 einem Segen zu einem Fluch geworden. In der Vergangenheit wurden Schäden durch den
21 Braunkohleabbau in Kauf genommen, auch weil scheinbar keine anderen preiswerten Energiequellen zur
22 Verfügung standen. Die Hoffnungen auf Reichtum in der Lausitz haben sich jedoch nur für sehr wenige
23 erfüllt. Nicht nur die Lausitzer Landschaft wurde verwüstet, die Tagebaue gefährden zunehmend auch die
24 Trinkwasserversorgung der gesamten Region. Auch die Kosten für die Rekultivierung steigen
25 unaufhörlich.

26 Kohleausstieg schnellstmöglich umsetzen

27 Die derzeit auf Bundesebene tagende „Kohlekommission“ ist mit Aufgaben überfrachtet. Offen ist deshalb
28 auch, wie deren Kohleausstiegs-Fahrplan genau aussehen könnte. Mit Blick auf die Klimaziele von Paris ist
29 gleichwohl klar, dass es in Brandenburg keine neuen Tagebaue geben darf. Wir setzen uns deshalb
30 weiterhin mit aller Kraft gegen die Genehmigung des Tagebaus Welzow Süd II ein. Auch die Verkleinerung
31 bereits genehmigter Tagebaue darf kein Tabu sein.

32 Chancen nutzen, Risiken vermeiden

33 Weder die Landesregierung noch die CDU haben die notwendige Entschlossenheit, um den
34 unabänderlichen Strukturwandel in der Lausitz sozial und verlässlich zu gestalten. Die von der letzten
35 Landesregierung favorisierte CCS-Technologie zur Verpressung von Kohlendioxid im Untergrund ist
36 gescheitert. Planungen für den Ausstieg aus der Braunkohle wurden erst begonnen, nachdem die
37 Bundesregierung 2015 die Stilllegung erster Kraftwerksblöcke von Jänschwalde beschlossen hatte.
38 Klimaschutz ist für andere Parteien ein Kostentreiber. Sie sehen die menschengemachte Klimaerwärmung
39 immer noch nicht als bedrohliches Kostenrisiko. Doch für immer mehr Bürger*innen und Kommunen, die

40 viel Geld für die Bewältigung von Trockenheit und Starkregenereignissen ausgeben müssen, ist die
41 Anpassung an den Klimawandel schon jetzt Realität – und sehr teuer. Wir wollen mit neuen Investitionen
42 in den Klimaschutz künftige Schäden vermeiden, neue Arbeitsplätze schaffen und weltweit nachgefragte
43 Lösungen „Made in Brandenburg“ entwickeln.

44 Wir wollen die potentiell verschwindenden Industriearbeitsplätze in der Braunkohle-wirtschaft durch
45 vergleichbare Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien ersetzen. Ein klarer Zeitplan hilft, die gesteckten Ziele zu
46 erreichen. Zur Umsetzung braucht man nicht nur Geld, sondern auch ein Team, welches mit den nötigen
47 Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist. Je eher damit begonnen und ein finales Datum definiert
48 wird, umso erfolgreicher kann der Prozess gestaltet werden. Im Lausitzer Revier sind aktuell rund 8.280
49 Menschen im Verstromungssektor von Braunkohle beschäftigt (Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., 2017).
50 Ergebnisse einer RWI-Studie zeigen, dass insbesondere das Lausitzer Revier zum Sorgenkind des
51 bevorstehenden Strukturwandels geworden ist und enge Begleitung braucht. Dort liegt der Anteil der von
52 der Braunkohle abhängigen Jobs bei 3,3 Prozentaller dort sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

53 Um den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz in Gang zu setzen schlagen wir vor, gemeinsam mit der
54 Bundesregierung und dem Land Sachsen Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen zum
55 Strukturwandel in der Lausitz zu führen. Hierbei sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen,
56 klimaschutzbedingten Strukturwandel in der Lausitz zu definieren, sowie Vereinbarungen über folgende
57 Maßnahmen zu treffen und umzusetzen:

58 **Einsetzung eines Lausitz-Steuerungskreises**

59 Der Steuerungskreis soll einen Masterplan für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die
60 Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern aus der Region (iRL
61 WRL), der Politik (Bund, Land Sachsen, Land Brandenburg) und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und
62 Zivilgesellschaft zusammen.

63 Handlungsfahrplan für die Zukunft der Braunkohle in der Lausitz erstellen

64 Der Steuerungskreis erarbeitet – in enger Abstimmung mit allen weiteren Akteuren in der Lausitz – ein
65 zentrales, strategisches Referenzdokument (Masterplan) sowie einen entsprechenden Prozess (Roadmap).
66 Dieser muss mit übergeordneten politischen Prozessen verzahnt werden. Ein solches Dokument dient den
67 vielfältigen Akteur*innen in der Region als Leitfaden für ihr künftiges Handeln.

68 **Einrichtung einer Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“**

69 Die Geschäftsstelle soll entlang der Vorgaben des Steuerungskreises den Masterplan formulieren und
70 ausarbeiten. Sie koordiniert und überwacht die Umsetzung in den verschiedenen Projekten und Initiativen.
71 Gleichzeitig soll sie jährlich über den Umsetzungsstand Bericht erstatten. Aufgaben der Geschäftsstelle
72 sind insbesondere:

- 73 • die Koordinierung bei der Aufstellung von eindeutigen und messbaren Zielen,
- 74 • die Abstimmung von interkommunalen/regionalen Förderanträgen und
- 75 • die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

76 **Gründung eines Strukturwandel- und Innovationsfonds (Lausitzfonds)**

77 Für die Prozessgestaltung und die anstehenden Investitionen, benötigt die Lausitz Mittel in nicht
78 unerheblichem Umfang. Diese Gelder sollen in einem regionalen Fonds bereitgestellt werden. Ein solcher
79 Fonds soll folgende Aufgaben haben:

- 80 • strategische Koordination und Abstimmung von Zielen und Handlungsfeldern,
- 81 • Akquisition externer finanzieller Ressourcen,

- 82 • Finanzierungsmechanismus Finanzierungsinstrument für Investitionen in der Region.
- 83 Grundsätzlich sollte der regionale Finanzierungsfonds komplementär zu Förderangeboten des Landes und
- 84 des Bundes wirken.